

Karin Esch und Dirk Langer

Bildungsbe(nach)teiligung im Ruhrgebiet: Eine Innovationslokomotive im Tal der Tränen?

1 Einleitung

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat Bildungspolitik neben der Arbeitsmarktpolitik als ein zentrales Politikfeld definiert. Mit dieser Schwerpunktsetzung ist die Hoffnung verbunden, dass bildungspolitische Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur frühzeitigen und wirkungsvollen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit leisten können. Dies geht mit der Erkenntnis einher, dass Lernen einerseits eine zentrale Voraussetzung zur Steigerung der individuellen Chancen ist und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung beinhaltet, andererseits moderne Volkswirtschaften von gut ausgebildeten Beschäftigten abhängig sind, um ihre Wirtschafts- und Innovationskraft auszubauen. Generell gilt eine hohe Bildungsbeteiligung als eine Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungskraft und Anpassungsfähigkeit. Bildung – im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens vom Kindergarten bis zum Seniorenstudium – ist insofern eine „Innovationslokomotive“ für moderne Wirtschaftsstandorte. Für den Einzelnen heißt dies, dass die individuelle Bildung und die Bildungsbereitschaft als Zugangsvoraussetzungen für den Arbeitsmarkt eine immer größere Bedeutung erhalten. Einmal erworbenes Wissen muss aktualisiert, es muss lebensbegleitend gelernt werden. Letzteres um so mehr vor dem Hintergrund einer „alternden“ Gesellschaft, in der die Zahl Jugendlicher, die für den Arbeitsmarkt von morgen zur Verfügung stehen, abnimmt.

Spätestens seit den ernüchternden Ergebnissen aus der PISA-Studie ist das deutsche Bildungssystem unter erheblichen Handlungsdruck geraten. Eine erschreckende Erkenntnis der PISA-Studie ist: In keinem anderen Land korrelieren die schichtspezifische Herkunft und der Erfolg im Bildungssystem so maßgeblich, wie in der Bundesrepublik Deutschland (Baumert 2001). Das mit der PISA-Studie einhergehende „politische Erwachen“ sollte genutzt werden, um nachhaltige Verbesserungen im Bildungswesen zu erzielen. Dies sollte aber nicht ausschließlich in Forderungen nach „mehr“ Geld münden – vielmehr gilt es auch strukturelle Verbesserungen im Bildungssystem zu forcieren. In diesem Kontext wollen wir in unserem Beitrag drei Fragenkomplexen nachgehen:

- Wie stellt sich die Bildungsbeteiligung in einer sich im Strukturumbruch befindlichen Region – wie dem Ruhrgebiet – dar?
- Worauf sind diese bildungsbe(nach)teiligenden Entwicklungen in bestimmten Regionen des Ruhrgebiets zurückzuführen?
- Welche Maßnahmen können diesen Entwicklungen entgegengesetzt werden?

2 Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet

Schulabschlüsse stellen ein wichtiges Bindeglied im Übergang in die berufliche Bildung dar und beeinflussen in besonderem Maße die individuellen Karrierechancen. Hier werden die Weichen für die weiteren Berufs- und Bildungskarrieren und damit zugleich für die künftige ökonomische Entwicklungsfähigkeit einer Region gestellt. Darüber hinaus lassen sich am Beispiel der Schulabschlüsse gesellschaftliche Integrations- bzw. Exklusionsprozesse aufzeigen. Für uns steht die Frage im Mittelpunkt: Ist das Ruhrgebiet auch im Hinblick auf die Schulabschlussentwicklung eine nachhinkende Region in Nordrhein-Westfalen oder besteht trotz der bildungssoziologischen Besonderheiten, wie bspw. eine verstärkte Beschulung durch Gesamtschulen oder einen überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, keine nachteiligere Bildungsbeteiligung? Deshalb greifen wir an dieser Stelle exemplarisch auf die Schulabschlusserhebungen des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS) aus den Jahren 1981, 1990 und 2000 zurück, um auch mittel- bis längerfristige Trends nachzeichnen zu können. Aus Gründen der Vergleichbarkeit verwenden wir in unserer Analyse Anteilswerte und keine absoluten Zahlen. Wir wollen in einem interregionalen Vergleich das Ruhrgebiet mit Nordrhein-Westfalen und dem Bundesgebiet vergleichen; in einer intraregionalen Analyse stellen wir die Stadt Essen für das südliche Ruhrgebiet, Bochum als Beispiel für das mittlere Ruhrgebiet und die Emscher-Lippe-Region¹ – explizit die Stadt Gelsenkirchen – als Stellvertreterinnen für das nördliche Ruhrgebiet einander gegenüber.²

Die Entwicklung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse: Das Ruhrgebiet im Vergleich mit Nordrhein-Westfalen und dem Bundesgebiet

Ein Vergleich der Anteilswerte bei den Schulabschlüssen verdeutlicht grundsätzlich, dass die größte Dynamik in der Schulabschlussentwicklung in den 80er Jahren zu beobachten war. Diese Dynamik ist im langfristigen Beobachtungszeitraum zwischen 1981 und 2000 durch eine deutliche Tendenz zu höherwertigen Schulabschlüssen gekennzeichnet, wie der Fachoberschulreife (bzw. Realschulabschluss) und vor allem dem Fach- bzw. Abitur, bei gleichzeitiger Reduzierung der Absolventen ohne Abschluss sowie eines beachtlichen Bedeutungsverlustes des Hauptschulabschlusses. Im Ruhrgebiet halbierten sich nahezu die Jahrgangsanteile der Schüler ohne Schulabschluss von rd. 13 Prozent 1981 auf 6,7 Prozent im Jahr 2000, wobei der prozentual größte Rückgang zwischen 1981 und 1990 um 5 Prozentpunkte erfolgte. Die Anteile der Hauptschulabsolventen sanken im langfristigen Verlauf im Ruhrgebiet kontinuierlich von 1981 28,2 Prozent auf 22 Prozent im Jahr 2000. Dagegen stieg der Anteil der Fach- bzw. Abiturienten von 20,5 auf 29,5 Prozent. Die Fachoberschulreife war bereits 1981 der häufigste allgemeinbildende Schulabschluss im Bildungssystem. Im Ruhrgebiet

¹ Die Emscher-Lippe-Region im nördlichen Ruhrgebiet besteht aus dem Kreis Recklinghausen sowie den Städten Bottrop und Gelsenkirchen.

² Dieser Aufsatz basiert auf der Studie „Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet“, die das Institut Arbeit und Technik gemeinsam mit der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Projekt Ruhr GmbH bearbeitet hat (vgl. Büttner/Dobischat/Esch u. a. 2003).

konnte sich die Fachoberschulreife nach einem geringfügigen Rückgang zwischen 1981 und 1990 bis ins Jahr 2000 mit knapp 42 Prozent der Schulabsolventen auf ihrem bisher höchsten Niveau wieder stabilisieren (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen in Prozent – ein interregionaler Vergleich des Ruhrgebiets mit Nordrhein-Westfalen und dem Bundesgebiet

<i>Jahr</i>	<i>Region</i>	<i>Ohne Abschluss</i>	<i>Hauptschulabschluss</i>	<i>Fachoberschulreife</i>	<i>Fach-/ Hochschulreife</i>
1981	Ruhrgebiet	12,9	28,2	38,5	20,4
	NRW	11,1	28,0	39,5	21,4
	Bund (1980)	11,3	40,1	32,4	16,2
1990	Ruhrgebiet	7,9	25,4	37,7	29,0
	NRW	6,8	24,1	39,0	30,1
	Bund	8,0	29,7	34,8	27,4
2000	Ruhrgebiet	6,7	22,0	41,8	29,5
	NRW	6,2	22,5	42,1	29,2
	Bund	9,2	25,4	39,8	25,6

Quelle: LDS-NRW, StBA (ohne Freie Waldorfschulen und Berufskollegs); eigene Berechnungen.

Langfristig betrachtet hat das Ruhrgebiet gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen die leichten Rückständigkeiten bei den Schulabschlüssen zu Beginn der 80er Jahre, wie einem höheren Anteil von Schülern ohne Abschluss oder dem etwas niedrigeren Abiturientenanteil, aufgeholt. Zwischen 1990 und 2000 verlor auf der Landesebene der Anteil der Fach- bzw. Abiturienten sogar um einen Prozentpunkt. Im Jahr 2000 können das Ruhrgebiet und das Land ein fast deckungsgleiches Schulabschlussniveau vorweisen. Der Abiturientenanteil hat sich knapp unter der „30 Prozent-Marke“ eingependelt, der erzielte Regelschulabschluss ist die Fachoberschulreife, der Absolventenanteil mit Hauptschulabschluss sank auf etwas mehr als ein Fünftel und der Anteil der Schüler ohne Schulabschluss unter 7 Prozent.

Im Vergleich mit dem Bundesgebiet wird aber auch deutlich, dass das Ruhrgebiet und das Land Nordrhein-Westfalen bereits Anfang der 80er Jahre eine günstigere Absolventenstruktur vorzuweisen hatten. Dieser Befund gilt auch noch für das Jahr 2000. Zwar vollzog sich auch auf der Bundesebene eine Entwicklung hin zu den höherwertigen Abschlüssen – auch hier ist die Fachoberschulreife mit knapp 40 Prozent nun mehr der Regelabschluss –, aber mit nur rd. einem Viertel Abituranteil und einem ähnlich ausgeprägten Anteil an Hauptschulabschlüssen sowie größeren Schüleranteilen, die ohne Abschluss ihre allgemeinbildende Schulkarriere beenden, zeigen sich hier immer noch deutliche Rückstände. Darüber hinaus nahm auf der Bundesebene der Absolventenanteil ohne Abschluss zwischen 1990 und 2000 wieder leicht zu und der Abiturientenanteil sank im gleichen Zeitraum um fast zwei Prozentpunkte. Daher können wir am Beispiel der Entwicklung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse für das Ruhrgebiet

vorläufig resümieren, dass das Ruhrgebiet entgegen allen „Unkenrufen“ hinsichtlich der erzielten Schulabschlüsse nicht als eine „Krisenregion“ im Vergleich mit dem Land Nordrhein-Westfalen oder dem Bundesgebiet zu bezeichnen ist.

Das Ruhrgebiet im intraregionalen Vergleich

Auf den ersten Blick lässt sich erkennen, dass das Ruhrgebiet am Beispiel der Städte Essen, Bochum, der Region Emscher-Lippe und hier explizit der Stadt Gelsenkirchen bereits 1981 keine homogene Einheit bezüglich der Absolventenstruktur darstellte (vgl. Tab. 2). Eine überdurchschnittliche Absolventenentwicklung im Ruhrgebiet besaßen die Städte Essen und Bochum. Dort erzielten bereits zu Beginn der 80er Jahre deutlich mehr Schüler das Fach- bzw. Abitur und weniger den Hauptschulabschluss zum Ende ihrer allgemeinbildenden Schulkarriere. In der Emscher-Lippe-Region und der Stadt Gelsenkirchen erzielten die Schulabsolventen nach der Fachoberschulreife vor allem den Hauptschulabschluss mit 31,6 bzw. 30 Prozent. Über dem Ruhrgebietswert für 1981 lag insbesondere der Anteil der Schüler ohne Abschluss in Gelsenkirchen mit 14,3 Prozent. Insgesamt erzielten 1981 in Emscher-Lippe nur 19 Prozent das Fach- bzw. Abitur, rd. fünf Prozentpunkte weniger Schulabsolventen als im südlichen und mittleren Ruhrgebiet.

Tabelle 2: Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen in Prozent – ein intraregionaler Vergleich des Ruhrgebiets

<i>Jahr</i>	<i>Region</i>	<i>Ohne Abschluss</i>	<i>Hauptschulabschluss</i>	<i>Fachoberschulreife</i>	<i>Fach-/ Hochschulreife</i>
1981	Ruhrgebiet	12,9	28,2	38,5	20,4
	Essen	12,0	25,0	38,5	24,6
	Bochum	10,7	25,4	39,3	24,6
	Emscher-Lippe	13,9	31,6	35,5	19,0
	Gelsenkirchen	14,3	30,0	37,3	18,4
1990	Ruhrgebiet	7,9	25,4	37,7	29,0
	Essen	7,4	21,5	35,4	35,7
	Bochum	7,8	23,3	35,7	33,2
	Emscher-Lippe	8,5	25,9	39,6	26,0
	Gelsenkirchen	9,3	25,6	41,6	23,5
2000	Ruhrgebiet	6,7	22,0	41,8	29,5
	Essen	7,0	18,1	40,7	34,2
	Bochum	6,2	20,7	39,1	34,0
	Emscher-Lippe	6,9	21,6	44,0	27,5
	Gelsenkirchen	10,1	24,7	41,2	24,1

Quelle: LDS-NRW, StBA (ohne Freie Waldorfschulen und Berufskollegs); eigene Berechnungen.

Bemerkenswert bleibt in den 80er Jahren insgesamt die positive Entwicklungsdynamik des Abiturs in den einzelnen Ruhrgebietsteilregionen. Besonders hervorzuheben sind die Anteilszugewinne der Abiturienten in Essen und Bochum um nahezu zehn Prozentpunkte; im Ruhrgebiet schafften erstmalig 29 Prozent eines Jahrgangs das Abitur. Das Fach- bzw. Abitur war 1990 – ganz knapp vor der Fachoberschulreife – der häufigste Schulabschluss in Essen; fast 36 Prozent der Entlassschüler beendeten 1990 in Essen die Schule mit dem Fach-/Abitur! In Bochum konnten immerhin auch ein Drittel der Absolventen das Abitur vorweisen. Neben den Rückgängen bei der Fachoberschulreife und dem Hauptschulabschluss konnten aber vor allem auch die Absolventen ohne Schulabschluss in Essen von 12 auf 7,4 Prozent und in Bochum von 10,7 auf 7,8 Prozent reduziert werden. Im nördlichen Ruhrgebiet legten die Abiturientenanteile ebenfalls zu, aber sie fielen insgesamt 1990 in Emscher-Lippe mit 26 Prozent und Gelsenkirchen 23,5 Prozent schwächer aus, so dass sich die Diskrepanz zum Ruhrgebietswert von 29 Prozent im Vergleich zu 1981 vergrößerte. Eine überdurchschnittlich positive Entwicklung erzielten Gelsenkirchen und die Emscher-Lippe-Region bei der Fachoberschulreife. Hier wurde der Durchschnittswert des Ruhrgebiets übertroffen. Zwischen 1981 und 1990 konnten zudem die Zahlen der Absolventen ohne Schulabschluss gesenkt werden, allerdings blieb insbesondere Gelsenkirchen mit 9,3 Prozent weiterhin über dem Ruhrgebietsanteils wert von knapp 8 Prozent.

Die Veränderungen in der Schulabsolventenentwicklung der 90er Jahre sind von keiner großen Dynamik geprägt. Im Ruhrgebiet stagnierte zwischen den Abschlussjahren 1990 und 2000 der Abiturientenanteil bei 29,5 Prozent. Einen Anteilsanstieg verzeichnete die Fachoberschulreife von 37,7 Prozent (1990) auf rd. 42 Prozent. Die Hauptschulabsolventen reduzierten sich fortschreitend auf einen Anteil von 22 Prozent, und die Quote der Absolventen ohne Abschluss ging nur noch wesentlich gebremster von knapp 8 auf 6,7 Prozent zurück.

In den „Bildungshochburgen“ Essen und Bochum gewann zwischen 1990 und 2000 die Fachoberschulreife in der Absolventenstatistik um mehrere Prozentpunkte hinzu. Am Beispiel Essens gingen diese Anteilsgewinne sogar zu Lasten des Abiturs, das von 35,7 auf 34,2 Prozent zurückging und somit fast deckungsgleich mit dem Abiturientenanteil Bochums ist. In beiden Kommunen ist darüber hinaus der Anteil der Hauptschulabsolventen in 2000 auf ein knappes Fünftel abgesunken. Bei den Schülern ohne Abschluss lag Essen für das Jahr 2000 erstmals geringfügig über dem Ruhrgebietswert, während in Bochum noch 6,2 Prozent der Schüler ihre allgemeinbildende Schulkarriere ohne Abschluss beendeten. Die leicht überdurchschnittliche Abbrecherquote Essens ist ein Indikator auf die erhebliche soziale Segregation der Bevölkerung im Stadtgebiet, welche sich in einem ebenso differenzierten Schulabschlussportfolio niederschlägt.

Für das nördliche Ruhrgebiet, die Emscher-Lippe-Region und hier explizit die Stadt Gelsenkirchen, zeigt die Schulabschlussentwicklung der 90er Jahre einen überraschenden Verlauf. Bis 1990 konnten wir in dieser Teilregion eine, wenn auch im Ruhrgebietsvergleich etwas unterdurchschnittliche, so doch homogene Entwicklungstendenz vorfinden. Für den Zeitraum von 1990 bis 2000 deutet sich aber eine gegenläufige Entwicklung bei den Schulabschlüssen an. Während Emscher-Lippe seine Aufholtendenz bei den qualifizierten Schulabschlüssen gegenüber dem Ruhrgebiet mit einer Zunahme seiner Fachoberschulanteile (4,4 Prozentpunkte) und seiner Abiturientenanteile (1,5

Prozentpunkte) zu Lasten der Anteile von Hauptschulabschlüssen (-4,3 Prozentpunkte) und der Absolventen ohne Schulabschluss (-1,6 Prozentpunkte) fortsetzen kann, verharren die Anteile der Schulabschlüsse Gelsenkirchens im Vergleich von 2000 zu 1990 auf nahezu dem gleichen Niveau. Die auffälligste Entwicklung in Gelsenkirchen besteht in einer leichten Zunahme des Anteilswertes der Schüler ohne Schulabschluss von 0,8 Prozentpunkten, so dass in Gelsenkirchen im Jahr 2000 mit 10,1 Prozent die größte Zahl an Jugendlichen ohne Schulabschluss vorhanden ist. Dieser Anteil ist für das Jahr 2000 im Ruhrgebiet der Spitzenwert. Diese Entwicklungstendenz Gelsenkirchens ist umso bedenkenswerter, da die Ruhrgebietsentwicklung zwischen 1990 und 2000 einen Rückgang der Schüler ohne Abschluss von 1,2 Prozentpunkten ausweist. Darüber hinaus entlassen die Schulen Gelsenkirchens im Jahr 2000 zu viele ihrer ehemaligen Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschlüssen und zu wenige mit einem Fach- bzw. Vollabitur. Zum Ende der 90er Jahre kann daher für die Emscher-Lippe-Region eine vergleichbar qualifizierte Absolventenstruktur wie für das Ruhrgebiet festgehalten werden. Da Gelsenkirchen zugleich ein Bestandteil der Emscher-Lippe-Region ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich zwischen 1990 und 2000 die Absolventenstrukturen zwischen der Stadt Gelsenkirchen und dem Kreis Recklinghausen sowie der Stadt Bottrop auseinander entwickelt haben, sich mithin in der Emscher-Lippe-Region ein Gefälle hinsichtlich des Schulabschlussniveaus herausgebildet hat.

Die Probleme des Ruhrgebiets im Hinblick auf die Bildungsbeteiligung an den allgemeinbildenden Schulabschlüssen – so zeigt die knappe Analyse – sind in erster Linie im nördlichen Ruhrgebiet zu finden. In qualitativen Interviews mit Schulpraktikern in verschiedenen Stadtteilgebieten des nördlichen Ruhrgebiets stellte sich heraus, dass diese frühzeitigen Bildungsdefizite über die Stadtgrenzen hinausgehen, so dass wir es mit einem interkommunalen „Grauschleier“ der Bildungsbenachteiligung in dieser Teilregion zu tun haben. Welche sozialstrukturellen Faktoren für diese Entwicklung verantwortlich sind, wollen wir in den folgenden Abschnitten diskutieren.

3 Ansätze zur Identifizierung bildungsbenachteiligender Faktoren im nördlichen Ruhrgebiet

Da gegenwärtig keine umfassende landesweite Bildungsberichterstattung im Sinne einer regionalisierbaren individuellen Erfassung sozio-demographischer Merkmale wie Haushaltseinkommen, Beruf der Eltern, Familienmitglieder, Migrationshintergrund, eigener Beruf, Alter, Familienstand etc. mit bildungssoziologischen Variablen wie dem Schulbesuch, den Bildungsabschluss oder der Weiterbildungsteilnahme verfügbar ist, versuchen wir am Beispiel der Entwicklung der Bevölkerung, der Arbeitslosigkeit sowie des Sozialhilfebezugs Faktoren aufzuzeigen, die eine bildungsbenachteiligende Wirkung in Teilregionen des Ruhrgebiets verstärken.

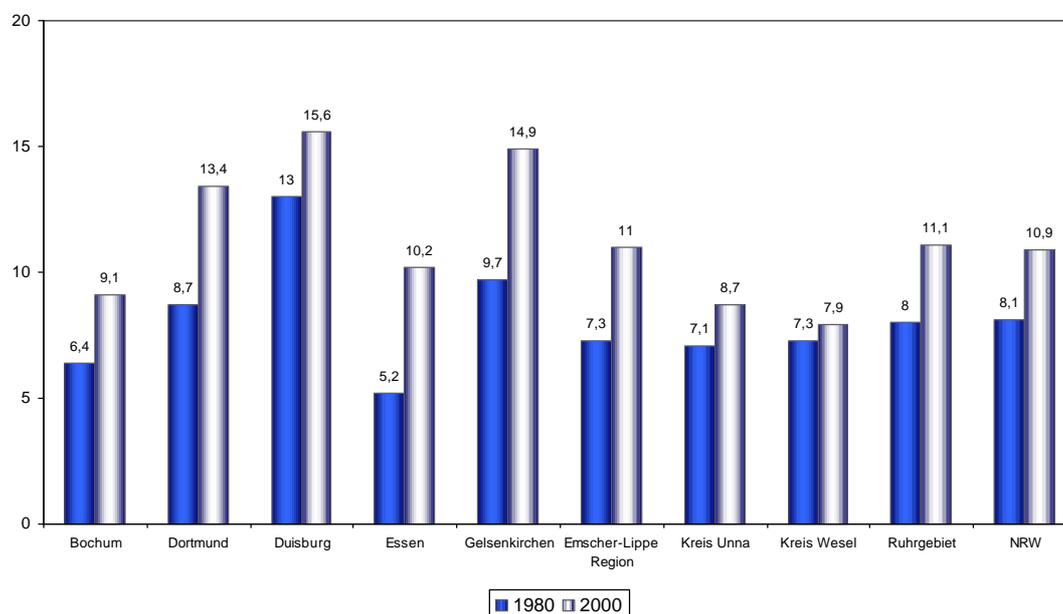
Bevölkerungsentwicklung – besondere Integrationsleistungen im nördlichen Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet zählte im Jahr 2000 knapp 5,4 Mio. Menschen, davon waren rd. 600.000 Personen ausländischer Nationalität. Ein Vergleich mit den 18 Mio. Einwoh-

nen Nordrhein-Westfalens verdeutlicht, dass fast jeder dritte Einwohner des Landes im Ruhrgebiet lebt und arbeitet. Die Bevölkerungsentwicklung im Ruhrgebiet zeigt zwischen 1980 und 2000 vor allem eine Besonderheit: Die Metropolen bzw. Kernstädte verloren zu Gunsten der Randregionen (vgl. Strohmeier 2002). Bei den Städten verzeichneten besonders Gelsenkirchen, Essen und Duisburg Bevölkerungsrückgänge. Auf eine positive Entwicklung können besonders das östliche Ruhrgebiet mit dem Kreis Unna (+11,6 Prozentpunkte) und der Stadt Hamm (+6,1 Prozentpunkte), sowie das westliche Ruhrgebiet mit dem Kreis Wesel (+14,1 Prozentpunkte) verweisen. Darüber hinaus wies auch der Kreis Recklinghausen – im nördlichen Ruhrgebiet – ein Bevölkerungswachstum auf, wenngleich mit 4,5 Prozentpunkten durchaus bescheidener. Die Emscher-Lippe-Region konnte ihre Einwohnerzahl mit einem leichten Plus von 0,8 Prozentpunkten behaupten.

Im Hinblick auf die Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung kennzeichnet das Ruhrgebiet eine Zuwanderung zwischen 1980 und 2000 von rd. 161.000 Personen, so dass im Jahr 2000 rd. 600.000 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Ruhrgebiet leben. Das entspricht einem Anteil von 11,1 Prozent an der Gesamtbevölkerung (vgl. Abb. 1). Nordrhein-Westfalen verzeichnete im gleichen Zeitraum einen Wanderungszugewinn von knapp 580.000 Migranten. Damit erreichte das Land 2000 mit 10,9 Prozent einen nahezu gleichen Migrantenanteil an der Wohnbevölkerung wie das Ruhrgebiet.

Abbildung 1: Anteile der ausländischen Wohnbevölkerung 1980 und 2000 in Prozent



Quelle: Kommunalverband Ruhrgebiet

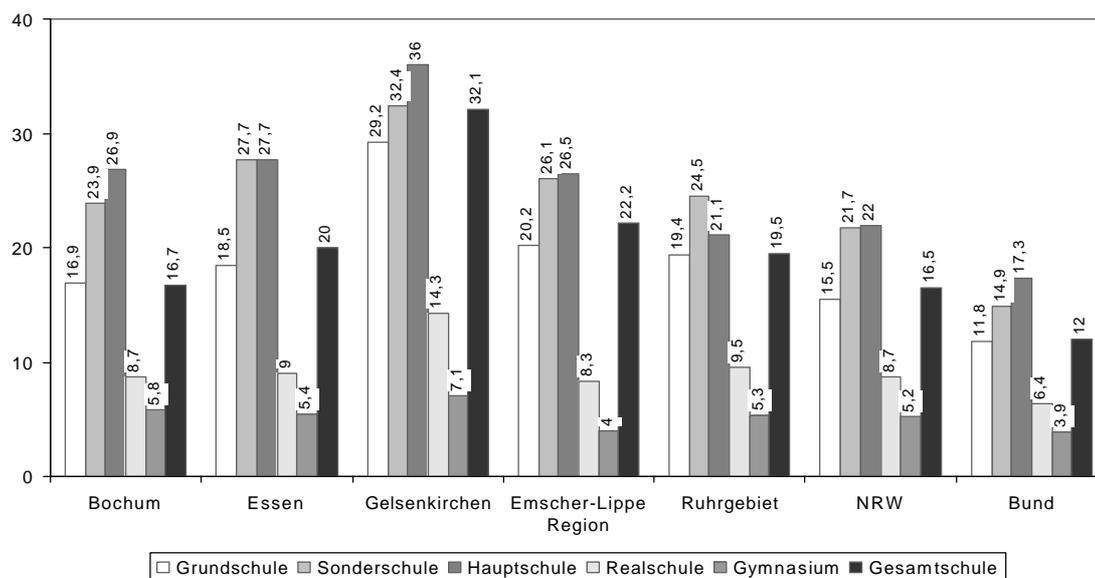
Innerhalb des Ruhrgebiets hatte Essen mit rd. 26.700 Personen die bedeutendste Migrantenzuwanderung zwischen 1980 und 2000 aufzuweisen. Der Ausländeranteil Essens an der Stadtbevölkerung verdoppelte sich dadurch von 5,2 auf 10,2 Prozent. An zweiter Stelle ist die ausländische Population besonders in der Emscher-Lippe-Region um 52 Prozent (39.900 Personen) gegenüber 1980 gewachsen. Das nördliche Ruhrgebiet war daher erheblich – neben der Stadt Essen – von der Zuzugsbewegung ausländischer Personen im Ruhrgebiet betroffen. Dieser Bevölkerungstrend führte dazu, dass der Migrantenanteil in der Emscher-Lippe-Region von 7,3 Prozent (1980) auf 11 Prozent im Jahr 2000 angewachsen ist, was zugleich dem Ruhrgebietsanteilswert entspricht. So besitzt inzwischen Gelsenkirchen mit knapp 15 Prozent den zweitbedeutendsten ausländischen Wohnbevölkerungsanteil im Ruhrgebiet nach Duisburg (15,6 Prozent). Einen besonderen Migrantenzuwachs verzeichnete darüber hinaus Dortmund. Mit einem Migrantenanteil von 13,4 Prozent im Jahr 2000 liegt die Kommune auch deutlich oberhalb des Ruhrgebietsanteils. Dagegen haben sich die Bevölkerungsanteile der ausländischen Mitbürger in den Kreisen Unna und Wesel unterdurchschnittlich entwickelt, mithin ein Indikator für die Zuwanderung inländischer Bevölkerungsteile in den vergangenen zwanzig Jahren.

Einen zentralen Aspekt der Altersstruktur im Ruhrgebiet stellt die differenzierte Betrachtung der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung dar. Grundsätzlich zeichnet sich die einheimische Bevölkerung durch einen Schwerpunkt in der Besetzung der fortgeschrittenen Altersgruppen aus. So sind 31 Prozent der einheimischen Bevölkerung des Ruhrgebiets zwischen 30 und 49 Jahre alt, und der größte Anteil der Personen mit knapp 40 Prozent ist älter als 50 Jahre. Im Vergleich zur inländischen Bevölkerung zeichnet sich die ausländische Bevölkerung des Ruhrgebiets durch eine verjüngte Altersstruktur aus. Es fällt hierbei für das Ruhrgebiet auf, dass hier die ausländische Bevölkerung unter 18 Jahren mit knapp 26 Prozent (17 Prozent Inländer) einen größeren Anteil besitzt als im Landesvergleich. Die 18 – 29 Jährigen bilden mit rd. 24 Prozent ein knappes Viertel der Migrantenpopulation (12 Prozent Inländer). Somit sind im Jahr 2000 50 Prozent der ausländischen Bevölkerung des Ruhrgebiets jünger als 30 Jahre. Besonders ausgeprägt ist die jüngste Altersgruppe bis 18 Jahre im nördlichen Ruhrgebiet. In der Emscher-Lippe-Region – wie auch der Stadt Gelsenkirchen – lässt sich mit 29,1 Prozent ein überdurchschnittlicher Migrantenanteil in dieser besonders bildungsrelevanten Alterskohorte erkennen.

Dieser Trend in der Bevölkerungsentwicklung seit den 80er Jahren setzt sich in der Beschulung im Primar- und Sekundarbereich folgendermaßen fort: In den Grundschulen des Ruhrgebiets ist im Jahr 2000 jeder fünfte Schüler ausländischer Herkunft, in Gelsenkirchen sogar fast jeder Dritte. Die Leistungskriterien im Schulwesen führen vor allem an den Sonder-, Haupt- und Gesamtschulen zu überproportionalen Zuwächsen und damit zu Beschulungsschwerpunkten. In den Sonderschulen des Ruhrgebiets wurden im Jahr 2000 durchschnittlich 25 Prozent ausländische Schüler beschult, in den Haupt- und Gesamtschulen bildete diese Schülergruppe einen Anteil von rd. 20 Prozent. In Gelsenkirchen erzielten die Schüler mit Migrationshintergrund die Spitzenanteile von rd. 1/3 in den Klassen dieser Schulformen. In der Sekundarstufe tragen somit die Sonderschulen, Hauptschulen und Gesamtschulen den Hauptanteil der Integrationsleistungen (vgl. Abb. 2). Den geringsten Anteil an der Beschulung ausländischer Schüler wei-

sen die Gymnasien auf. Im Ruhrgebiet besuchen lediglich 5 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund ein Gymnasium. Viel mehr scheinen für leistungsstärkere ausländische Schüler die Realschulen mit ihrem Lernangebot attraktiv zu sein. Mit einem Beschulungsanteil von 9,5 Prozent im Ruhrgebiet und dem Spitzenwert von 14,5 Prozent in Gelsenkirchen besteht bei dieser Schulform aber auch noch ein deutlicher Nachholbedarf.

Abbildung 2: Anteil ausländischer Schüler am Schülerbestand der allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2000 in Prozent



Quelle: KVR, StBA (ohne Freie Waldorfschulen); eigene Berechnungen.

In der Schulabschlussstatistik für 2000 treten die Unterschiede zwischen in- und ausländischen Schulabsolventen in Bezug auf die allgemeinbildenden Abschlüsse noch einmal deutlich hervor (vgl. Tab. 3). Hierbei ist schnell ersichtlich, dass das Schulabschlussportfolio der nicht-deutschen Schüler bei der Beendigung der Schulkarriere „ohne Abschluss“ in allen Gebietseinheiten mehr als doppelt so hoch ist wie der Vergleichsanteil der inländischen Schülerschaft (vgl. Karakasoglu-Aydin 2001). Ähnlich verhält es sich bei den Hauptschulabschlüssen. Knapp formuliert bedeutet das für NRW, das Ruhrgebiet und seinen Teilregionen, dass rd. 50 Prozent der Migranten nicht über einen Hauptschulabschluss hinaus kommt. Nur auf der Bundesebene ist die Zahl mit rd. 60 Prozent ausländischer Absolventen unterhalb der Fachoberschulreife noch bedenklicher.

Im Hinblick auf die höherwertigen Schulabschlüsse zeigt sich eine ebenso unterdurchschnittliche Beteiligung ausländischer Schüler. Bei dem Erwerb der Fachoberschulreife bleiben die ausländischen Schüler mit rd. 7-10 Prozent hinter ihren deutschen Mitschülern zurück. Beim Erwerb der Fach- bzw. Hochschulreife geht die Schere noch weiter auseinander: Hier liegen die ausländischen Absolventen um rd. 15-20 Prozent hinter den Ergebnissen ihrer inländischer Mitschüler.

Tabelle 3: Anteile in- und ausländischer Schulabsolventen nach allgemeinbildenden Schulabschlüssen im Jahr 2000

	insg. (in %)	Hauptschule		Fachober- schulreife		Fach- bzw. Abitur		ohne Abschluss	
		Inländer	Ausl.	Inländer	Ausl.	Inländer	Ausl.	Inländer	Ausl.
Bochum	100	18,4	36,5	40,3	30,8	36,6	16,8	4,8	15,9
Essen	100	16,0	31,8	41,4	36,4	37,1	14,8	5,5	17,0
Gelsenkirchen	100	21,5	36,3	42,9	35,3	27,3	12,3	8,4	16,1
Emscher-Lippe	100	19,3	36,6	45,2	35,8	29,8	12,8	5,7	14,8
Ruhrgebiet	100	19,7	35,4	42,8	35,8	31,9	15,5	5,6	13,3
NRW	100	20,6	35,6	43,0	35,8	31,2	14,9	5,2	13,6
Bundesgebiet	100	24,1	40,2	40,8	28,9	26,9	11,0	8,3	19,9

Quelle: LDS-NRW, StBA (ohne Freie Waldorfschulen); eigene Berechnungen.

In diesem Kontext zeigt sich aber auch, dass das Ruhrgebiet im Vergleich zu NRW keine unterdurchschnittlichen Werte aufweist, im Vergleich zum Bund sogar besser dasteht. Differenzen sind vielmehr innerhalb des Ruhrgebiets zu finden. Betrachtet man nur die Anteile der nicht-deutschen Schülerschaft für die Kategorie „ohne Abschluss“, so liegen alle Teilregionen – besonders Bochum, Essen und Gelsenkirchen – über dem Ruhrgebietswert von 13,3 Prozent. Andererseits bilden Bochum und Essen auch bemerkenswerte Ausnahmen. So erzielt Bochums nicht-deutsche Schülerschaft zu fast 17 Prozent das Fach- bzw. Abitur und in Essen mit 36,4 Prozent leicht überdurchschnittlich die Fachoberschulreife. Gelsenkirchen kann im Ruhrgebietsvergleich leider keine positiven Signale aussenden. Hier bleibt nur der ernüchternde Hinweis, dass Gelsenkirchen sowohl bei der inländischen wie auch der ausländischen Schülerpopulation unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit – im nördlichen Ruhrgebiet verfestigt sich die Erwerbslosigkeit bereits langfristig auf einem hohen Niveau

Obwohl an dieser Stelle nur eine relativ grobe Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den verschiedenen Teilregionen zwischen 1985 und 2000 nachgezeichnet wird, so reicht doch ihr Aussagegehalt für die Feststellung, dass das nördliche Ruhrgebiet durch eine kontinuierlich höhere Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist und der Strukturwandel in dieser Teilregion als noch nicht überwunden bezeichnet werden kann (vgl. Tab. 4).

Tabelle 4: Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet

	1985	1990	1995	2000
Bochum	14,3 %	10,9 %	12,6 %	11,7 %
Essen	14,9 %	12,2 %	13,1 %	11,8 %
Gelsenkirchen	16,1 %	13,3 %	15,0 %	15,8 %
Emscher-Lippe	14,7 %	11,9 %	13,2 %	14,1 %
Ruhrgebiet	14,2 %	10,8 %	13,0 %	12,2 %
NRW	10,7 %	8,4 %	10,5 %	9,5 %
Bundesgebiet	8,7 %*	6,6 %*	10,2 %	10,0 %

Erläuterung: Erst ab 1984 war eine kommunale Zuordnung der Arbeitslosenquoten möglich, da Arbeitsamtsbezirke nicht immer mit den Stadtgebieten identisch sind.

*Quelle: KVR, StBA. * Früheres Bundesgebiet.*

Zwar muss auch darauf hingewiesen werden, dass das Ruhrgebiet im Vergleich mit NRW seit 1990 eine um rd. 2,5 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote verzeichnet, die durchschnittlichen Ruhrgebietswerte in der nördlichen Teilregion aber ebenfalls um 2 bis 3 Prozentpunkte in den verschiedenen Jahrgängen noch übertroffen werden. Zwischen 1985 und 2000 ist in Gelsenkirchen die Arbeitslosigkeit jeweils um rd. 5 Prozent dauerhaft höher ausgeprägt als im Landesvergleich. Auch die Emscher-Lippe-Region entwickelt sich mit einem relativen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 14,1 Prozent in 2000 deutlich nachteiliger als das Ruhrgebiet. Dagegen gleichen sich die Zahlen Bochums und Essens in diesem Betrachtungszeitraum immer stärker der Arbeitslosenquote des „Reviere“ an. Für das Jahr 2000 gelang es beiden Kommunen sogar eine leicht geringere Arbeitslosenquote als im gesamten Ruhrgebiet auszuweisen. An dieser Stelle ein vorsichtiges Indiz, dass im südlichen bzw. mittleren Ruhrgebiet der Strukturwandel von der Montanindustrie hin zur Dienstleistungswirtschaft besser gelingt (vgl. Nordhause-Janz 2001). Allein in Gelsenkirchen stieg die Arbeitslosenquote zwischen 1995 und 2000 weiterhin auf 15,8 Prozent – entgegen dem Trend der hier betrachteten Vergleichsregionen. Im nördlichen Ruhrgebiet ist der Strukturwandel derzeit auf halbem Wege stecken geblieben. Die Arbeitsplatzverluste vor allem im Bergbau und dem Verarbeitenden Gewerbe wurden noch nicht ausreichend durch wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbranchen kompensiert.

Entwicklung der Sozialhilfe – Kinder bilden inzwischen eine der größten Sozialhilfebezugsgruppen

Die Sozialhilfe ist das Sicherungsnetz, das im Bedarfsfall – wenn alle vorgelagerten Systeme der sozialen Sicherung nicht mehr greifen – materielle Notlagen lindert, um Menschen vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu bewahren. Materielle Notlagen können vorliegen, wenn Personen bzw. Familien aus eigenem Einkommen oder Vermögen ihren Lebensunterhalt nicht oder nur zum Teil bereitstellen können (Hilfe zum Lebensunterhalt) oder durch Behinderung, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit auf besondere

Hilfen angewiesen sind (Hilfe in besonderen Lebenslagen) (Breuer/Engels 1999). Der Sozialhilfebezug ist ferner in Deutschland sehr eng an die individuellen Bildungsvoraussetzungen geknüpft. Der überwiegende Teil der erwachsenen Sozialhilfeempfänger verfügt über nicht mehr als einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss und nahezu die Hälfte der Anspruchsberechtigten besitzt keine abgeschlossene Berufsausbildung (Statistisches Bundesamt 1998).

Nach Bevölkerungsgruppen differenziert wird Sozialhilfe gegenwärtig unterschiedlich häufig in Anspruch genommen. Im Zeitverlauf ist besonders die Anzahl der Kinder im Sozialhilfebezug angestiegen. 1997 war die Sozialhilfequote von Kindern mit 6,8 Prozent fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt mit 3,5 Prozent. So bezogen zum Ende des Jahres 1997 rd. eine Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bundesweit Sozialhilfe, was einem Anteil von 37,2 Prozent an allen Empfängern entspricht (vgl. Tab. 5). Besonders hoch ist die Quote in der Gruppe der Kinder unter 3 Jahren. In dieser Altersgruppe gab es auch zwischen 1991 und 1997 den größten Zuwachs. Nahezu die Hälfte dieser Kinder lebte in Haushalten mit alleinerziehenden Frauen (48,8 Prozent oder rd. 525.000 Kinder). Wir setzen daher an dieser Stelle für die weiteren regionalen Analysen des Sozialhilfebezugs in der Bevölkerung voraus, dass ein überdurchschnittlicher Sozialhilfebezug in den ausgewählten Städten mit einer deutlichen Benachteiligung in der Lebenslage von Kindern unter 18 Jahren einhergeht.

Tabelle 5: Kinder in der Sozialhilfe zum Jahresende 1997 in Deutschland¹⁾

Kinder insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren			
	unter 3 (Kleinkinder)	3–6 (Kindergartenkinder)	7–14 (Schulkinder)	15–17 (Jugendliche)
Anzahl				
1.077.000	222.000	259.000	458.000	138.000
Anteil an allen Kindern mit HLU-Bezug in Prozent				
100 %	20,6 %	24 %	42,6 %	12,8 %
Sozialhilfequote (Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters in Prozent)				
6,8 %	9,3 %	7,9 %	6,2 %	4,9 %
Entwicklung der Sozialhilfequote seit 1991 in Prozent ²⁾				
+ 2,1 %	+ 3,8 %	+ 2,7 %	+ 1,7 %	+ 1,2 %
Alleinerziehende Frauen mit Kindern				
525.213	113.133	138.756	218.425	54.899
Ehepaare mit Kindern				
386.058	74.393	90.318	171.119	50.228

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Die der Berechnung zugrundeliegenden Daten beziehen sich auf die deutschen Empfänger/-innen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 1998.

Ein erster Blick auf die regionale Verteilung des Sozialhilfebezugs im langfristigen Zeitraum zeigt, dass die 80er Jahre durch eine Verdopplung der Inanspruchnahme gekennzeichnet waren und 1990 – nach den vorliegenden Zahlen – zugleich den Höhepunkt und einen Wendepunkt darstellt. Hierbei hat sich der Sozialhilfebezug im Ruhrgebiet zum Ende der 80er Jahre deutlich von dem Landeswert entfernt. Auch Nordrhein-Westfalen konnte zum Ende der 80er Jahre seine leicht niedrigere Bezugzahl zu Beginn der Dekade im Vergleich mit dem Bundesgebiet nicht mehr erreichen. 1990 hatte Nordrhein-Westfalen mit 71,1 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner eine spürbar höhere Versorgungszahl als der Bund mit 59/1.000. Den größten Sozialhilfeanteil mit 102,8 Personen auf 1.000 Einwohner verzeichnete 1990 die Stadt Essen. Im Vergleich zur Basis von 1980 mit 45 Personen hat sich innerhalb einer Dekade der Anteil der Bezugsberechtigten mehr als verdoppelt. Gelsenkirchen beschreibt eine ähnliche Entwicklung und liegt mit 93,3 Empfänger/1.000 Einwohner ebenfalls über dem Ruhrgebietswert. Auffallend ist darüber hinaus, dass die Emscher-Lippe-Region hierbei nahezu exakt die Ruhrgebietsentwicklung widerspiegelt (vgl. Tab. 6).

Tabelle 6: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner im Ruhrgebiet

	1980	1985	1990	1995	2000
Bochum	34,9	40,1	78,7	34,2	41,8
Essen	45,0	68,2	102,8	57,2	63,7
Gelsenkirchen	42,5	63,0	93,3	48,7	63,6
Emscher-Lippe	40,7	57,4	84,6	43,5	48,4
Ruhrgebiet	39,9	56,6	83,7	43,0	46,1
NRW	32,2	46,5	71,1	35,5	36,0
Bundesgebiet	37,6* (1982)	46,0*	59,0*	31,3	32,8

Quelle: KVR, StBA; eigene Berechnungen. * Früheres Bundesgebiet

Als Begründung für diese annähernde Verdopplung des Sozialhilfebezugs ist vor allem die seit den 70er Jahren anhaltende Dauerarbeitslosigkeit anzuführen. Mit Arbeitslosenquoten von 10 Prozent und mehr in den 80er Jahren ging zugleich eine vermehrte Inanspruchnahme des „letzten sozialen Auffangnetzes“ in der Bevölkerung einher (Breuer/Engels 1999).

Zwischen 1990 und 1995 hat sich in allen Untersuchungsgebieten der Sozialhilfebezug drastisch reduziert, um anschließend bis ins Jahr 2000 erneut anzusteigen. In allen Untersuchungsregionen ging die Zahl der Bezugspersonen um nahezu 50 Prozent zurück und erreichte fast das Niveau von 1980. Die Gründe für den überdurchschnittlichen Rückgang der Sozialhilfebezieher im Jahr 1995 basieren vor allem auf bundespolitischen Entscheidungen, wie der Entlastung durch die Einführung der Pflegeversicherung (01.01.1995) und des Asylbewerberleistungsgesetzes (01.11.1993). Der weitere Anstieg in der Sozialhilfe bis in das Jahr 2000 ist mit der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre verbunden. Dabei hat sich an der Rangfolge beim Sozial-

hilfebezug zwischen dem Bundesgebiet, Nordrhein-Westfalen und dem Ruhrgebiet nichts verändert. Das Ruhrgebiet liegt auch 2000 mit 46,1 Sozialhilfeempfängern/1.000 Ew. deutlich über dem Landeswert. Im Ruhrgebiet kann die Stadt Bochum ein etwas besseres Ergebnis erzielen. Insbesondere aber in den Ruhrgebietsstädten Gelsenkirchen und Essen beziehen mit rd. 64 Personen/1.000 Ew. erheblich mehr Menschen Sozialhilfe, bei einem weiterhin ansteigenden Trend. Im Vergleich mit dem Bundesgebiet erhalten in beiden Städten – statistisch betrachtet – doppelt so viele Personen Sozialhilfe als Einkommensersatz. Es spricht vieles dafür, dass in diesen Kommunen bzw. benachteiligten Stadtteilen auch doppelt so viele Kinder von dieser Einkommensersatzleistung betroffen sind und in einer in mehrfacher Hinsicht benachteiligten Lebenslage aufwachsen. Neben den finanziellen Restriktionen sind hier auch Nachteile in Bezug auf Bildungserwerb, Gesundheitszustand, Wohnsituation sowie gesellschaftliche Partizipation zu berücksichtigen (Breuer/Engels 1999). Aktuelle Regionalforschungen sehen daher auch eine besondere Brisanz in der zukünftigen Entwicklung dieser Stadtteilgebiete, weil insbesondere hier in den nächsten Jahren die Mehrheit der jungen Generation im Ruhrgebiet aufwachsen wird (Strohmeier 2002).

4 Resümee

Entgegen allen „Unkenrufen“ ist das Ruhrgebiet hinsichtlich der erzielten allgemeinbildenden Schulabschlüsse nicht als eine „Krisenregion“ im Vergleich mit dem Land Nordrhein-Westfalen oder dem Bundesgebiet zu bezeichnen. Fraglos besitzt das Ruhrgebiet in der bildungssoziologischen Betrachtung einige strukturelle Besonderheiten, wie einen größeren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund oder auch eine überdurchschnittliche Beschulung durch Gesamtschulen; eine nachteilige Entwicklung gegenüber Land und Bund lässt sich bis 2000 dadurch aber nicht feststellen. Ganz im Gegenteil können das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen hinsichtlich des erzielten Schulabschlussniveaus ein besseres Ergebnis vorweisen als das Bundesgebiet.

Die Probleme des Ruhrgebiets im Hinblick auf die Beteiligung in der allgemeinen Schulbildung werden nicht in interregionalen Gegenüberstellungen sichtbar, sondern sind in intraregionalen Vergleichen zu suchen und zu finden. Das Ruhrgebiet verfügte in dieser Hinsicht noch niemals über eine homogene Verteilung der Bildungsabschlüsse im allgemeinbildenden Schulsystem. Neben den „Bildungshochburgen“ des Ruhrgebiets, wie z.B. Essen oder auch mit kleinen Abstrichen Bochum – trotz besonderer Probleme auch in einzelnen Stadtteilgebieten dieser Kommunen – lassen die Analysen besondere Defizite im nördlichen Ruhrgebiet erkennen. Zwar haben sich auch hier bereits in den frühen 80er Jahren die Misserfolgswahlen deutlich verbessert, dennoch weisen die vorliegenden Daten vor allem für Gelsenkirchen – als Bestandteil der Emscher-Lippe-Region – auf einen stagnativen und unterdurchschnittlichen Trend bei den Bildungsabschlüssen für die 90er Jahre hin. Kurzum: Gelsenkirchens Schüler schließen ihre allgemein bildende Schulkarriere häufiger mit gar keinem bzw. dem Hauptschulabschluss und zu selten mit dem Abitur ab. Damit vergrößerte sich auch innerhalb der Emscher-Lippe-Region der Abstand Gelsenkirchens. Besonders in den ohnehin vom Strukturwandel stark benachteiligten Regionen ist es fatal, wenn Jugendliche ohne bzw. mit überdurchschnittlich niedrigschwelligem Abschlüssen die Schule verlassen. Der Über-

gang von der Schule in die berufliche Bildung wird dadurch hochgradig gefährdet oder führt an der ersten „Schwelle des Arbeitsmarktes“ unmittelbar in die Arbeitslosigkeit, insbesondere wenn künftige Beschäftigungssicherheit mit der Bereitschaft zu einem „lebensbegleitendem“ Qualifikationserwerb einhergeht.

Darüber hinaus deutet einiges darauf hin, dass im nördlichen Ruhrgebiet nicht die Städte insgesamt, sondern Teil- bzw. Stadtteilregionen – wofür Gelsenkirchen als ein Beispiel steht – die beschriebenen Defizite in der allgemeinen Schulbildung aufweisen. Im Hinblick auf Handlungsansätze sind deswegen auch sehr kleinräumige stadtteil- und quartierbezogene Vorgehensweisen gefordert.

Hervorgehoben werden muss des Weiteren, dass im Ruhrgebiet ein besonders hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund anzutreffen ist. Im statistischen Mittel einiger Städte betragen die Anteile von Migrationskindern mehr als 30 Prozent, was in einigen Stadtteilen mühelos an einigen Schulen zu Migrantenteilen von 50 Prozent und mehr führt. Diese Nationalitäten- und Kulturvielfalt trägt dazu bei, dass elementare Lernvoraussetzungen, wie z.B. Sprache oder Konzentrationsfähigkeit, für den Schulunterricht nur noch eingeschränkt mitgebracht werden. Und darüber hinaus zeigt sich, dass auch das vielfältige nordrhein-westfälische Schulspektrum mit seinen differenzierten Förderangeboten immer weniger in der Lage ist, den Schulerfolg der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu gewährleisten. Um besonders hier das überdurchschnittliche Scheitern in der Schulausbildung zu begrenzen, ist es unausweichlich, die Sprachförderung als eine Schlüsselaufgabe für die nächste Zukunft zu begreifen. Dabei versprechen die Investitionen in die Sprachförderung einen besonders nachhaltigen Erfolg, wenn möglichst frühzeitig – noch im Elementarbereich – Migrantenkinder die deutsche Sprache erlernen, um damit bessere Ausgangsbedingungen für das Schulsystem mitzubringen (vgl. SVR-Bildung Hans-Böckler-Stiftung 2001).

Darüber hinaus wäre es sicherlich zu kurz gegriffen, nur auf ein Migranteproblem in der Bildungsbeteiligung des Schulsystems hinzuweisen. Insgesamt, so legen die Gelsenkirchener Zahlen nahe, bieten insbesondere benachteiligte Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit, überproportionalen Sozialhilfebezug, unterschiedlichen kulturellen Milieus, sozialem Konfliktpotenzial oder vielfach bildungsfernen Elternhäusern extrem ungünstige Lernbedingungen für Jugendliche (vgl. Strohmeier 2002). Im nördlichen Ruhrgebiet finden sich diese Stadtteile über die Stadtgrenzen hinweg und bilden nahezu ein graues Band des Scheiterns im allgemeinbildenden Schulsystem, das unsere Daten nur andeuten konnten. Gerade aber in der vom Strukturwandel derzeit besonders betroffenen nördlichen Ruhrgebietsregion muss die Bildung wieder einen deutlich stärkeren Stellenwert im Bewusstsein der Menschen erhalten und es sind gezielte Bildungsanstrengungen notwendig, damit ein zentrales Fundament für den Strukturwandel – Menschen mit hochwertigen und qualifizierten Bildungsabschlüssen – für die Beschäftigung in wissensintensiven und zukunftsfähigen Unternehmen zur Verfügung steht. Insofern ist es gerade hier notwendig, Familien und Schulen stärker zu unterstützen, damit ein erfolgreicher Übergang der Schülerinnen und Schüler von der Schule in die beruflichen Bildungsgänge gelingen kann.

5 Ansätze für eine „Neue Kompensatorik“

Das nördliche Ruhrgebiet stellt auf Grund der hier beschriebenen Problemlagen und der damit verbundenen Bildungsdefizite ein prioritäres Handlungsfeld für eine neue kompensatorische Bildungspolitik dar. Im Hinblick auf die Konzeption eines solchen bildungspolitischen Leitbildes wollen wir nicht auf die Erfahrungen aus den 60er und 70er Jahren in Deutschland zur Mobilisierung bildungsferner Bevölkerungsgruppen verzichten, sondern die damals erzielten Erfolge berücksichtigen, gleichwohl unter gegenwärtig wesentlich veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen. In diesem Sinne zeichnen sich für eine „Neue Kompensatorik“ einige charakteristische Anforderungen und Merkmale ab, die wir im Folgenden in fünf Thesen zusammenfassen (vgl. ausführlicher Büttner/Dobischat/Esch u. a. 2003):

- Für einen neuen Anlauf in der Kompensatorik: Aus Erfahrungen lernen und zeitgemäße Lösungen entwickeln!

In Politik, Wissenschaft und Praxis sollten sowohl die Erfahrungen mit früheren Konzepten der kompensatorischen Erziehung als auch aus neueren Debatten und Entwicklungen in anderen Ländern genutzt werden, um pragmatische, den heutigen Problemlagen angemessene Lösungsansätze zu entwickeln.

- „Ungleiches ungleich behandeln!“ – Nicht mehr Ressourcen für alle, sondern besondere Aufmerksamkeit für die Problemgruppen!

Wir raten zu einer konzentrierten Fördermittelzuweisung in Regionen und Bezirke mit einem hohen Benachteiligungsfaktor. Wir erwarten insbesondere von einem möglichst frühzeitigen Einsatz kompensatorischer Hilfen im Elementar- und Primarbereich die größte Nachhaltigkeit.

- Nicht mehr, sondern besser! Die „alte Kompensatorik“ rief vor allem nach mehr Bildung und Erziehung, die „neue Kompensatorik“ stellt das „besser und wirkungsvoller“ in den Mittelpunkt!

Politik muss verstärkt eine effizientere Verwaltungsstruktur einfordern und gestalten, die eine Dezentralisierung von Verantwortung auf die Handlungsebenen im Erziehungs- und Bildungssystem ermöglicht. Die Verwaltung muss sich zukünftig als Partner der Einrichtungen vor Ort verstehen und diese in ihrem Handeln unterstützen.

- Mehr Flexibilität und Pragmatismus bei der Suche nach wirkungsvollen Lösungen!

Die Akteure des Bildungs- und Erziehungssystems benötigen mehr Freiheits- und Gestaltungsspielräume, um pragmatische sowie regionalspezifische, bedarfsorientierte Lernarrangements zu initiieren, die einer Bildungsbenachteiligung entgegen wirken. Hierzu sind in einem stärkeren Ausmaß Anreiz- statt Sanktions- und Kontrollmechanismen durch Politik und Verwaltung für die Bildungseinrichtungen zu etablieren.

- Der Such- und Gestaltungsprozess für die „neue Kompensatorik“ bedarf einer systematischen Qualitätsentwicklung!

Eine prozessorientierte Qualitätsentwicklung, die sowohl die Belange der Betroffenen, der einzelnen Organisation als auch zwischen den beteiligten Akteuren in den Blick nimmt, muss auf breiter Basis installiert werden.

Literatur

- Baumert, Jürgen (Hrsg.), / Deutsches PISA-Konsortium, 2001:** PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske + Budrich
- Böttcher, Wolfgang / Klemm, Klaus / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.), 2001:** Bildung und Soziales in Zahlen. Weinheim: Juventa-Verl.
- Breuer, Wilhelm / Engels, Dietrich, 1999:** Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe. Köln: Otto-Blume-Inst. für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik
- Büttner, Renate / Dobischat, Rolf / Esch, Karin / Evans, Michaela / Harney, Klaus / Hilbert, Josef / Knuth, Matthias / Koch, Sascha / Langer, Dirk / Roß, Ruth / Stender, Axel / Weiß, Walter, 2003:** Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet: auf der Suche nach einer "neuen Kompensatorik". Essen: Projekt Ruhr GmbH.
- Karakasoglu-Aydin, Yasemin, 2001:** Kinder aus Zuwandererfamilien im Bildungssystem. In: Böttcher, Wolfgang / Klemm, Klaus / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Bildung und Soziales in Zahlen. Weinheim: Juventa-Verl., S. 273-302
- Nordhause-Janz, Jürgen, 2002:** Das industrielle Herz schlägt nicht mehr im Ruhrgebiet: Veränderung der Beschäftigtenstrukturen in Nordrhein-Westfalen. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. IAT-Report, Nr. 2002-03. [Volltext im Internet](#)
- Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung, 2001:** Bildung in der frühen Kindheit. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Diskussionspapier, Nr. 4/2001
- Statistisches Bundesamt, 1998:** Sozialhilfe in Deutschland: Entwicklung und Strukturen; Bericht des Statistischen Bundesamtes. Wiesbaden
- Strohmeier, Klaus Peter, 2002:** Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Essen: Projekt Ruhr GmbH